

Wohnungsfürsorge im Landtag.

Sitzung vom 15. Juni.

Am Ministertisch: Dr. Schmidt, Dr. Friedberg, Hergh.

Präsident Graf Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Auf der Tagesordnung steht zunächst der Antrag des Justizministers auf Genehmigung der strafgerichtlichen Verfolgung des Abg. von Ponin (Neu-Stettin).

Der Geschäftsrungsausschuß, dessen Bericht Abg. Dr. Gottschall erstattet, empfiehlt, die Genehmigung zu verlagern. Der Abgeordnete von Ponin hat gebeten, die Genehmigung zur Eröffnung des Strafverfahrens zu erteilen. Der Berichterstatter ersucht, auf diesen Wunsch keine Rücksicht zu nehmen.

Abg. v. Kries (kons.) bittet im Namen seiner Freunde, die Genehmigung auf Strafverfolgung zu erteilen. Die Abgg. Busch (Centr.) und Dr. Gottschall (natl.) stimmen der Genehmigung der Strafverfolgung zu.

Das Haus beschließt in diesem Sinne.

Es folgt der Nachtragsetat mit der Forderung für die Anstellung eines Staatskommissars für das Wohnungswesen.

Den Bericht des Ausschusses erstattet Abg. Dr. Schmedding (Centr.), der hervorhebt, daß an die Errichtung eines eigenen Wohnungsministeriums in Preußen zur Zeit nicht zu denken sei.

Unterschatzsekretär Coels van den Brüggen: Zu den Aufgaben, die das Wohnungsgesetz stellt, hat sich als neue die Fürsorge für Wohnstätten für die heimkehrenden Kriegsteilnehmer gestellt. Hier sind die Zustände so ernst, daß mit allen gebotenen Mitteln eingegriffen werden muß. Nach meinem Dienstantritt sind mir eine Fülle von Ratsschlügen überhandt worden, so daß ich einen ganzen Bücherschrank damit füllen könnte. Alles habe ich noch nicht lesen können. (Geisterkeit.) Aber ich werde alle Anregungen mit Ernst prüfen. Nur bei weitester Unterstützung aller Kreise kann ich mein neues Amt erfüllen. Mein Ziel ist die Einschränkung des Mietskasernenwesens in den Großstädten, die Zugabe von Gärten zu den Häusern, die Schaffung guter Verkehrsverhältnisse, eine angemessene Verteilung der Bevölkerung auf Stadt und Land, kurz eine Verbesserung des Wohnungswesens in den Städten und auf dem Lande. Das alles kann nicht von heute auf morgen erreicht werden, es bedarf langjähriger, zielbewußter Arbeit. Wenn die Mittel der Gemeinden nicht ausreichen sollten, so wird der Staat ihnen Beihilfen zur Verfügung stellen. (Beifall.)

Abg. Reiboldt (fr.): Die Anforderungen auf dem Gebiete des Wohnungswesens nach dem Kriege werden sich nicht auf kurze Zeit beschränken. Wir wünschen daher, daß das vorübergehende Amt des Staatskommissars sich zu einer dauernden Einrichtung ausgestaltet.